

Toleranz der Intoleranz

von Katerina Simiuc

Akademisches Gymnasium Salzburg

Betreuende Lehrkraft: Elke Schlager

„Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir unbeschränkt Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen.“ (Zitat 2)

Karl Popper begründet mit diesem Zitat in „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde“ das Paradoxon der Toleranz, also die Tatsache, dass Toleranz kein grenzenloses Prinzip sein kann, ohne sich selbst zu zerstören. Es stellt sich somit die Frage, wo die Grenze der Toleranz gesetzt werden müsse.

Toleranz wird im öffentlichen Diskurs oft als uneingeschränktes Ideal verstanden. Sie gilt als Zeichen von Offenheit und unserer modernen Gesellschaft. Dieses Verständnis ist aber nicht umfassend, da es Toleranz auf Erdulden reduziert. Philosophisch betrachtet sollte Toleranz kein passiver Zustand sein, sondern eine aktive Haltung, die immer auch Entscheidungen beinhaltet. Wer tolerant ist, verzichtet darauf, gegen Überzeugungen oder Lebensweisen vorzugehen, die er selbst möglicherweise ablehnt, aber nur unter der Voraussetzung, dass diese die Freiheit und Würde anderer nicht verletzen. Schon hier zeigt sich, dass Toleranz notwendigerweise mit Grenzen verbunden ist und nicht mit Gleichgültigkeit verwechselt werden darf.

Diese Problematik gilt zum einen auf einer kleineren Ebene, z.B. in Menschengruppen. Wenn Schafe und Wölfe willkommen sind, werden am Ende nur noch Wölfe verbleiben. In einer sozialen Gruppe bedeutet es, dass Menschen, die andere unterdrücken oder ausgrenzen, den Raum einnehmen werden, während tolerante Personen ihren Platz verlieren. Keine Entscheidung zu treffen ist selbst eine Entscheidung, von der die Stärkeren profitieren. Es steht fest, dass es zum Beispiel in einer Klasse Toleranz gegenüber unterschiedlichen Überzeugungen geben muss. Eine Grenze wird jedoch gezogen, wenn es zu Rassismus oder Extremismus kommt. Ab diesem Punkt werden andere Menschen durch Intoleranz verletzt

oder benachteiligt und Toleranz gegenüber diesen Positionen wäre das Gegenteil von Gerechtigkeit.

Während privilegierte Gruppen sich häufig gegen Angriffe wehren können, sind Minderheiten besonders verletzlich. Rassistische oder menschenverachtende Ideologien schaffen ein gesellschaftliches Umfeld der Angst und Ausgrenzung. Toleranz gegenüber solchen Positionen bedeutet daher nicht Neutralität, sondern Vertretung der Stärkeren. Ein Staat, der Intoleranz unbegrenzt wirken lässt, vernachlässigt seine Schutzpflicht und trägt indirekt zur Einschränkung der Freiheit dieser bei, die benachteiligt sind.

Doch auf größerer gesellschaftlicher Ebene wird die Diskussion um die Grenzen der Toleranz viel komplexer. Zunächst stellt sich die Frage, wer darüber entscheidet, welche Meinungen innerhalb einer Gesellschaft geduldet werden sollen, während andere die Grenze überschreiten. Eine Einschränkung von Meinungsfreiheit hat die Gefahr des Machtmissbrauchs, da Regierungen unter dieser Ausrede oppositionelle Stimmen unterdrücken können. Geschichtliche Beispiele von autoritären Regimen zeigen, dass Zensur nicht zum Schutz der Demokratie führt, sondern zu ihrer Einschränkung.

Diese Entscheidung liegt in einem Rechtsstaat nicht bei einzelnen Personen oder der Mehrheit der Bevölkerung, sondern ist an das Verfassungsrecht und rechtliche Prozesse gebunden. Das bedeutet, dass die Grenze der Toleranz nicht durch persönliche Überzeugungen gesetzt wird, sondern durch Verletzungen objektiver Menschenrechte, wie Menschenwürde und Gleichberechtigung. Die Grundlagen der Toleranz werden durch die Verfassung und unabhängige Gerichte geschützt, gleichzeitig wird der Machtmissbrauch einzelner Personen verhindert.

Zweitens wird häufig argumentiert, dass die Unterdrückung unerwünschter, radikaler Meinungen zu einer starken Polarisierung der Gesellschaft und zunehmendem Extremismus führen könnte. Wenn bestimmte Positionen aus dem öffentlichen Diskurs verstoßen werden, könnten sich diese vertretenden Personen in alternativen Räumen radikalisieren und sich als Opfer darstellen. Durch den technologischen Fortschritt geschieht das immer öfter in Online-Gemeinschaften in den sozialen Medien. Algorithmen funktionieren so, dass nur Inhalte gezeigt werden, die Meinungen bestätigen und starke Reaktionen hervorrufen. Andere Perspektiven werden nicht gezeigt, wodurch Nutzer/innen in „Echokammern“ landen und ihre radikalen Ansichten verstärkt werden.

Um das zu verhindern, sollten öffentliche Debatten und kritische Auseinandersetzung im Mittelpunkt stehen, um intolerante Stimmen durch Argumente zu entkräften, statt sie zum Schweigen zu bringen. Nur wenn die Meinungen sichtbar bleiben, können ihre Schwächen und die Unsicherheiten und Ängste, die oft der Ursprung der Intoleranz sind, dargestellt werden.

Nicht jede Form von Intoleranz kann jedoch im öffentlichen Raum erhalten bleiben, denn in diesem Sinne bezieht sie sich nicht auf Menschen, die zu einem rationalen Diskurs fähig und bereit sind. Meinungsfreiheit hat als Voraussetzung, dass Argumente ausgetauscht und hinterfragt werden. Ein Problem stellen die Personen dar, die diesen Prozess nicht akzeptieren und keinerlei Respekt und Anerkennung für andere Menschen haben. Mit diesen Personen oder Gruppen ist eine Diskussion weder sinnvoll noch erweiternd, da die Toleranz in diesem Fall keine Voraussetzung der Freiheit ist, sondern nur ein Mittel, um ihre Position zu stärken und andere zu überstimmen.

Sobald Toleranz bewusst missbraucht wird, wird sie zu einer Frage der rechtlichen Verantwortung. Toleranz ist die Basis unseres Rechtsstaates, da sie für Meinungsfreiheit und friedliches Zusammenleben sorgt. Gleichzeitig ist sie auch mit grundsätzlichen Menschenrechten verbunden. Diese Rechte sind keine Meinungen, sondern gesellschaftliche Grundlagen. Wer sich durch extremistische Ideologien gegen diese Prinzipien stellt, kann innerhalb des Rahmens einer toleranten Gesellschaft nicht mehr geduldet werden. Ein Staat, der dies akzeptieren würde, stellt sich gegen seine eigene Grundlage, den Schutz der Freiheit und Menschenwürde.

Diese Problematik existiert innerhalb der Demokratien, die auf den Schutz der demokratischen Grundwerte angewiesen sind. Wenn sich Parteien gegen Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit stellen, entsteht ein Konflikt. Darf eine Demokratie erlauben, dass sie auf demokratischem Wege abgeschafft wird? Aufstiege von Diktaturen zeigen, dass demokratische Wahlen keinen Erhalt der Demokratie sichern. Deshalb steht der Schutz der Ordnung nicht im Widerspruch zur Demokratie, sondern ist ihre Basis.

Grundsätzlich hat jeder Mensch ein Recht auf Freiheit, doch diese ist nicht unbegrenzt, sondern endet dort, wo sie Freiheit und Sicherheit anderer Menschen gefährdet. Wer durch sein Handeln die Rechte anderer bedroht, muss auch damit rechnen, dass seine eigene Freiheit eingeschränkt wird, zum Beispiel durch Gefängnisstrafen. Diese sind ein notwendiges Mittel, um die Freiheit im Allgemeinen zu schützen, also wird individuelle

Freiheit erhalten, indem sie in bestimmten Fällen begrenzt wird. So kann auch Toleranz im Allgemeinen nur bestehen, wenn diese in individuellen Fällen eingeschränkt wird.

Die Toleranz der Intoleranz ist, wie Poppers Paradoxon zeigt, widersprüchlich, denn dadurch richtet sich die Toleranz gegen sich selbst. Schlussendlich wird Toleranz von Intoleranz unterdrückt, weshalb diese nicht gleichzeitig existieren können. Das Zitat von Popper erinnert daran, dass Toleranz eine Verantwortung ist. Sie bedeutet die Bedingungen zu erhalten, in denen sie existieren kann, denn nur durch klare Grenzen kann unsere offene und freie Gesellschaft in Zukunft bestehen.